

# Macht Sozialhilfe abhängig? : Ergebnisse aus einer neuen Studie in Wiesbaden

Autor(en): **Richter, Alexandra**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO**

Band (Jahr): **99 (2002)**

Heft 2: **r**

PDF erstellt am: **29.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-840312>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Macht Sozialhilfe abhängig?

### Ergebnisse aus einer neuen Studie in Wiesbaden

*Die Dynamik von SozialhilfebezügerInnen ist gross, und die Sozialhilfe ist, das zeigen die Daten, für viele immer noch das, was sie war: Überbrückung einer akuten Notsituation. Die Studienergebnisse aus Wiesbaden werden im Folgenden vorgestellt und mit Blick auf die aktuelle politische Diskussion in Deutschland um den Kombilohn diskutiert (vgl. Interview).*

Im Wahlkampfjahr ist Arbeitslosigkeit das Thema Nummer Eins in Deutschland. Die magische vier Millionen Marke wurde im Januar überschritten. Eilig hat die Bundesregierung nun ein Kombilohn-Modell aufgegleist, das vor allem Arbeitslosen im Niedriglohnbereich einen Anreiz bieten soll, eine Arbeit aufzunehmen. «Ein Tropfen auf den heissen Stein», höhnen die Kritiker, der die wahre Misere – nämlich die Sozialhilfe – nicht bekämpfe. Diese sei zu grosszügig bemessen und werde zu lange gewährt. Schlecht bezahlte Jobs würden nicht angenommen, weil die Sozialhilfe häufig höher sei als der zu erwartende Verdienst. Der Sozialhilfeempfänger – ein kühl kalkulierender homo oeconomicus, der feststellt, dass sich Arbeiten finanziell nicht lohnt?

Ganz und gar nicht, wie die jüngst veröffentlichte Studie der Stadt Wiesbaden zeigt. Unter dem Titel «Macht Sozialhilfe abhängig?» wurden die Daten der Wiesbadener SozialhilfebezügerInnen ausgewertet. Neu ist an dieser Auswertung, dass erstmals nicht nur eine Stichdatenerhebung erfolgte, sondern die individuellen Daten von LeistungsempfängerInnen miteinander verbunden wurden. Untersucht wurden die Daten von insgesamt 28'000 Personen, die

in einem Zeitraum von vier Jahren, zwischen Ende 1996 und Ende 2000, Sozialhilfeleistungen bezogen haben. So konnte – erstmals in Deutschland – eine Verlaufsanalyse erstellt werden.

#### Sozialhilfe ist «business as usual»

Die erste Überraschung zeigt sich in der grossen Dynamik von SozialhilfebezügerInnen: Viel mehr Menschen sind auf Sozialhilfe angewiesen, als dies ein einzelner Erhebungstag vermuten lässt. Die Bestandeszahlen in der Stadt Wiesbaden sind seit Jahren relativ konstant. Am letzten Stichtag bezogen 6,6 Prozent aller EinwohnerInnen im erwerbsfähigen Alter Sozialhilfe. Innerhalb von vier Jahren wechselten die EmpfängerInnen aber immer wieder, so dass knapp 16 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung Sozialhilfe in Anspruch nahmen. Dies bedeutet bei fast gleichbleibendem Bestand eine hohe Fluktuation und damit eine grosse Dynamik und Unsicherheit auch auf dem Arbeitsmarkt.

Sozialhilfe, so zeigen die Daten, ist für viele immer noch das, was sie war: Überbrückung einer akuten Notsituation.

- 34 Prozent der Wiesbadener KlientInnen bezogen im beobachteten Zeitraum Sozialhilfe während weniger als eines Jahres. Überdurchschnittlich häufig waren dies junge (unter 40 Jahren) Alleinstehende und Arbeitslose mit Anspruch auf Arbeitslosengeld.
- Doch über ein Viertel der SozialhilfeempfängerInnen müssen laut Studie «mit dem Etikett Langzeitbezieher» belegt werden; das bedeutet: Bezug während

mindestens drei Jahren. Betroffen sind vor allem Alleinerziehende, EmpfängerInnen aus Mehr-Erwachsenen-Haushalten mit Kindern und ältere Arbeitslose.

- Alle SozialhilfeempfängerInnen zusammen betrachtet, haben sie im Schnitt (brutto) nach fünf Jahren den Ausstieg aus der Sozialhilfe gefunden. Eine Aufschlüsselung nach Gruppen ergibt allerdings ein wesentlich differenziertes Bild.

### **Arbeitslos? Zu wenig Verdienst? Egal**

Arbeitslosigkeit und prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind weiterhin wichtige Auslöser für Sozialhilfebedarf. Arbeitslose verbringen in Wiesbaden vier bis fünf Jahre in der Sozialhilfe. Davon sind sie zirka zweieinhalb Jahre arbeitslos, aber auch rund acht Monate erwerbstätig, wenn auch mit unzureichendem Einkommen. Phasen ohne Sozialhilfebezug belaufen sich auf zirka sechs Monate.

Das Alter spielt eine besondere Rolle. Junge und alleinstehende Menschen haben gute Ausstiegchancen und nur geringe Langzeitverläufe. Arbeitslose, die unter 25 Jahre alt sind, schaffen den Ausstieg im Schnitt nach vier Jahren, die zwischen 40- und 55-Jährigen hingegen erst nach fünf Jahren. Damit sind die jungen Arbeitslosen zwar eine besondere Risikogruppe, weil sie überdurchschnittlich häufig auf Sozialhilfe angewiesen sind, doch ihre «Sozialhilfekarriere» ist vergleichsweise kurz. Knapp ein Drittel von ihnen schafft den Ausstieg innerhalb eines Jahres, fast die Hälfte innerhalb der ersten zwei Jahre nach Antragstellung. Für die Autoren zeigt sich damit, «wie häufig die Sozialhilfe wirklich nur Nothilfe im Einzelfall darstellt – und nicht etwa eine rentenähnliche Dauerleistung».

Eine besondere Situation ergibt sich für junge Menschen in Ausbildung. Sie beziehen rund vier Jahre lang Leistun-

gen, zunächst 13 Monate während der Ausbildung, 9 Monate ergänzend zur Erwerbstätigkeit, aber auch 17 Monate als Arbeitslose. Die Sozialhilfeperiode aufgrund von Arbeitslosigkeit ist bei ihnen aber deutlich kürzer als bei anderen EmpfängerInnen im erwerbsfähigen Alter.

Einer Arbeit gehen rund ein Viertel der BezügerInnen nach. Beim Vergleich von Ein- und Ausstieg in die Sozialhilfe zeigt sich, dass die Aufnahme einer Arbeit während des Bezuges die Ausstiegchancen erheblich erhöhen, vor allem, wenn höhere Erwerbseinkommen erreicht werden können. Inwieweit staatliche Arbeits- und Ausbildungsförderungen dazu beitragen, kann die Studie leider nicht erheben.

Erwerbstätige sind im Schnitt viereinhalb Jahre lang auf Sozialhilfe angewiesen. Vor allem Working Poor sind gemeint, die geringe Einkommen erzielen. Oft wechseln sich Phasen von Arbeitslosigkeit und Erwerbstätigkeit miteinander ab. Dies bedeutet: Arbeitslose und Erwerbstätige mit zu geringem Einkommen sind fast gleich lang auf Sozialhilfe angewiesen! Besser stehen die Chancen für die Arbeitslosen mit Arbeitslosengeld und die Erwerbstätigen mit einem monatlichen Einkommen von mehr als 325 Euro (Beschäftigungen unter 325 Euro sind nicht sozialversicherungspflichtig). Sie weisen das rascheste Bezugsende auf, weil sie im Schnitt sieben Monate früher als alle anderen Gruppen aus der Sozialhilfe aussteigen.

### **Jung, weiblich sucht...**

Frauen beziehen wesentlich länger Sozialhilfe als Männer. Über ein Jahr länger sind sie auf Unterstützung angewiesen. Je älter sie zudem sind, umso grösser ist der Graben zwischen Frauen und Männern bei der Sozialhilfeabhängigkeit. Gründe für diesen Unterschied dürften darin liegen,

dass Frauen weit häufiger als Männer einer sozialversicherungsfreien Erwerbstätigkeit nachgehen. Auch Phasen der Kindererziehung sorgen für Unterbrüche. Eine dauerhafte Existenzsicherung – auch was die späteren Rentenansprüche betrifft – ist auf diese Weise schwierig. Besonders heikel ist die Situation bei den Alleinerziehenden, den Stammkundinnen des Sozialamtes, wie der Bericht titulierte. Sie sind rund zehn Monate länger als der Durchschnitt abhängig von Sozialhilfe. Eine typische Biographie einer alleinerziehenden Person sieht so aus: Sie erhält in Wiesbaden rund sechs Jahre lang Hilfeleistungen. Während etwa zweieinhalb Jahre erzieht sie kleine Kinder, etwas mehr als anderthalb Jahre lang bezieht sie Arbeitslosengelder und knapp ein Jahr lang Hilfeleistungen ergänzend zu einem Erwerbseinkommen. Eine längere Familienphase erschwert die Reintegration in den Arbeitsmarkt also massiv.

### **Familie heisst Erfolg**

Kinder allein sind aber noch keine Bremse, wenn es um den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt geht. Wichtiger sind ein stabiles soziales und familiäres Umfeld. Die Studie zeigt, dass «Zwei- und Mehr-Erwachsenen-Haushalte mit Kindern» überdurchschnittlich häufig in die Sozialhilfe ein-, aber auch wieder aussteigen. Bei fast 40 Prozent der Familienhaushalte ist es wahrscheinlich, dass sie innerhalb von zwei Jahren ihre Existenzsicherung wieder selbständig organisieren können. Je jünger die Familie, umso schneller der Erfolg.

### **Für umfassende Reformen...**

Die Auswertung der Daten zeigt vor allem eines: Eine eindimensionale und

statische Sichtweise ist wenig hilfreich für eine sozialpolitische Diskussion. Sozialhilfe reagiert zwangsläufig auf gesellschaftliche Risiken. Geringqualifizierte, Ältere sowie Mütter, die ihre Kinder nicht im klassischen Familienverband erziehen können, sind einem hohen Sozialhilferisiko ausgesetzt. In Bezug auf Familien und Alleinerziehende ist für die Studienverfasser somit klar: Eine armutsfeste Existenzsicherung von Kindern ist eine bundesstaatliche Aufgabe.

Sozialhilfe sei weder ein «süßes Gift» noch eine «Hängematte», die von einer Arbeitsaufnahme abhalte, so die Studie. Dies zeige der hohe Anteil von Menschen, denen innerhalb eines Jahres der Ausstieg aus der Sozialhilfe gelingt. Das eigentliche Problem seien nicht die zu geringen Anreize, sondern zu geringe Nettoeinkommen und ein zu geringes Arbeitsangebot für Niedrigqualifizierte. Fast erstaunlich mag es anmuten, dass trotz des geringen Freibetrages von maximal 190 Euro (zirka 285 Franken) in Wiesbaden ein Viertel der SozialhilfebezügerInnen einer Erwerbstätigkeit nachgeht. An mangelnder Motivation kann es also nicht liegen. Mit einem Ruf nach sogenannten Mc Jobs ist es nicht getan. Menschen, die im Niedriglohnsegment arbeiten, landen im Laufe ihres Berufslebens immer wieder in der Sozialhilfe. Ausbildung ist der Erfolgsschlüssel. Die Studie plädiert deshalb für eine Ausbildungsoffensive für Jugendliche, statt ihnen sofort einfache Jobs zu vermitteln, die ihnen keine langfristig gesicherte Existenzsicherung versprechen.

### **...statt Schnellschüsse**

Die Wiesbadener wenden sich gegen sofortige Hilfeangebote. Sie sehen ein grosses Selbsthilfepotenzial bei den

NeubezügerInnen, wie die hohe Ausstiegsquote bestätige. In Wiesbaden lasse man deshalb in der Regel den Neuen drei Monate Zeit, sich selbst einen Arbeitsplatz oder eine andere Form der Existenzsicherung zu suchen. Arbeitsförderung oder Aus- und Weiterbildungsangebote von Anbeginn zögen nur Mitnahmeeffekte nach sich.

Können Kombilohn-Modelle einen Anreiz zur Aufnahme einer Arbeit bieten? Die Studie lehnt solche Modelle ab, die den erwähnten Freibetrag von 190 Euro erhöhen und somit direkt in die Tasche der ArbeitnehmerInnen fließen. Dies sei im Niedriglohnsektor nur ein sehr befristeter Erfolg und würde eine Ungerechtigkeit für die ArbeitnehmerInnen nach sich ziehen, deren Einkommen nur geringfügig über dem Sozialhilfebedarf liegt und die somit keine Ansprüche auf Unterstützung haben. Subventioniert werden sollten stattdessen die Mehrwertsteuer und die Sozialversicherungsabgaben, die in Deutschland über 40 Prozent der Lohnsumme betragen.

### «Mainzer Modell» bestraft Engagement

Genau dies sieht das nun bundesweit eingeführte Mainzer Modell vor (vgl. Kasten unten). Mit einer Einschränkung: Es richtet sich nur an diejenigen, die bisher nicht gearbeitet haben. Dabei gehen jene SozialhilfeempfängerInnen leer aus, die bereits einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Bisheriges, eigenständiges Engagement wird also geradezu bestraft.

Zum grossen Wurf für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Senkung der Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen wird das Modell aus Mainz wohl ohnehin nicht werden. Eine eigentliche Reform des Arbeitsmarktes wird auf die Zeit nach den Wahlen verschoben. KritikerInnen sagen voraus, dass das Modell die Arbeitslosenzahl senken wird: um zehn- bis zwanzigtausend.

*Alexandra Richter*

**Bezug:** Die Wiesbadener Studie «Macht Sozialhilfe abhängig?» ist gegen 22,50 Euro zu bestellen bei Heiner Brülle, e-mail: Sozialplanung-51.1@t-online.de

### Das «Mainzer Modell»

Das nun in ganz Deutschland eingeführte «Mainzer Modell» sieht während einer Dauer von maximal 36 Monaten vor:

- einen Zuschuss zu den Sozialversicherungsleistungen des Arbeitnehmers, z.B. bei Ledigen bis zu 67 Euro
- einen Zuschlag zum Kindergeld je Kind bis zu 77 Euro

#### Einkommengrenzen

- Ledige ohne Kinder mit monatlichem Arbeitsentgelt zwischen 325 und 810 Euro

- Alleinerziehende/Verheiratete/Paare mit monatlichem Lohn zwischen 325 und 1620 Euro

#### Voraussetzungen

- Die Wochenarbeitszeit muss mindestens 15 Stunden betragen
- Der Arbeitnehmer darf in den vergangenen 6 Monaten nicht sozialversicherungspflichtig im selben Unternehmen beschäftigt gewesen sein.

*ari/Quelle: «Der Spiegel»*